



**Umweltinstitut
München e.V.**

Goethestr. 20
80336 München
Tel: +49 89 30 77 49-0
Fax: +49 89 30 77 49-20
info@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Als gemeinnützig anerkannt
Steuer-Nr. 143/223/20222
FA München für Körperschaften
Vereinsregister: Amtsger. Mchn VR 11808
Lobbyregister: R002226

Ansprechpartner:
Till Irmisch
Referent für Energiepolitik
ti@umweltinstitut.org
Tel. +49 89 30 77 49-47

Montag, 11. Mai 2026

Stellungnahme

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-
Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung
weiterer Vorschriften im Wärmebereich

Kurzzusammenfassung

- Wärmepumpen und Wärmenetze setzen sich am Heizungsmarkt durch. Erneuerbare Gase sind ineffizient, teuer und nicht wettbewerbsfähig.
- Ein Szenario, in dem wenige Gasheizungen in einem Wärmepumpen- oder Fernwärmegebiet bestehen bleiben, ist sehr unwahrscheinlich, da Gaskund:innen hohe Kosten für die Bereitstellung des Gasnetzes tragen müssten.
- Der Einbau neuer Gasheizungen ist für Bürger:innen deshalb sehr riskant. Sie sollten davor geschützt werden.
- Die Einführung von Gasquoten verschärft Probleme für Kommunen, Netzbetreiber, ländliche Räume und Gaskund:innen und darf keinesfalls beschlossen werden.

Inhalt

Kurzzusammenfassung	1
1. Hintergrund: Aktuelle Verschiebungen im Heizungsmarkt.....	2
2. Zur Rolle von erneuerbaren Gasen.....	3
3. Gasverteilnetze verlieren in Wohngebieten ihre Wirtschaftlichkeit	4
4. Einbau neuer Gasheizungen blockiert Transformation der Gasinfrastruktur	5
5. Handlungsempfehlungen	6

1. Hintergrund: Aktuelle Verschiebungen im Heizungsmarkt

Gasheizungen sind auf dem Rückzug. Grund dafür ist die fortschreitende Modernisierung des Gebäudebestands in Deutschland. Alte fossile Heizkessel werden zunehmend mit effizienten Wärmepumpen ersetzt oder das Gebäude wird an ein Wärmenetz angeschlossen. Mit Gas zu heizen wird dadurch zunehmend unwirtschaftlich.

- 2025 war die Wärmepumpe die meistverkaufte Heizungsart. Wissenschaftliche Szenarien zeigen, dass Wärmepumpen 2045 ca. 60 Prozent der Wohngebäude mit Wärme versorgen werden. In Skandinavien ist diese Situation annähernd schon heute eingetreten (Norwegen 63%, Finnland 52%, Schweden 50%). Der Einbau neuer Gasheizungen nimmt seit 2021 ab (mit Ausnahme des Ausreißerjahres 2023).^{1, 2, 3}
- Da Wärmepumpen deutlich weniger Energie benötigen als Verbrenner-Heizungen, sind sie im Betrieb auch sehr viel billiger. Über die Lebensdauer sparen sie gegenüber Gasheizungen bis zu 90.000 Euro ein.⁴
- Wo eine Wärmepumpe nicht möglich ist, können Gebäude z.B. per Wärmenetz versorgt werden. Der Anteil an Wärmenetzen soll in Deutschland von heute 15 Prozent auf 40 Prozent bis 2045 steigen.⁵ Als letzte Option können Stromdirektheizungen oder Biomasseheizungen eingesetzt werden.

1 <https://www.bdh-industrie.de/presse/pressemitteilungen/artikel/jahresbilanz-heizungsabsatz-faellt-auf-niedrigsten-stand-seit-15-jahren>

2 <https://www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/grafiken/waermepumpe-europa>

3 https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2021/KNDE_2045_Langfassung/KNDE2045_Langfassung.pdf

4 <https://www.co2online.de/presse/bis-zu-90000-euro-vorteil-waermepumpen-schlagen-gas-und-oel/>

5 <https://www.agfw.de/energiewirtschaft-recht-politik/energie-wende-politik/aktuelles-aus-dem-bereich/newsdetail/gemeinsame-erklaerung-fernwaermegipfel>

2. Zur Rolle von erneuerbaren Gasen

Erneuerbare Gase stehen nicht in einer Größenordnung zur Verfügung, um den zukünftigen Gasbedarf aus dem Gebäudesektor zu decken. Sie sind in der Herstellung ineffizient und deshalb teuer. Im Industriesektor sind sie jedoch alternativlos und sollten daher lediglich dort angewandt werden. Nutzungskonkurrenzen zu eröffnen, würde den Preis für alle in die Höhe treiben und die Transformation der beteiligten Sektoren strukturell verhindern (siehe dazu Kapitel 5).

- Schon heute werden in Deutschland 14 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen für die Herstellung von biogenen Brennstoffen genutzt. Das entspricht fast der Fläche von Mecklenburg-Vorpommern.⁶ Würde man auf derselben Fläche Windräder aufstellen und damit Wärmepumpen betreiben, könnte man ca. 2000 mal so viele Haushalte beheizen wie mit Biomethan.⁷ Jede Ausweitung dieser Produktion würde Flächenkonkurrenzen massiv verschärfen. Neue Importe würden abermals Abhängigkeiten in unserer Energieversorgung bedeuten.
- Die heute zur Verfügung stehenden Mengen an Biogas werden größtenteils zur Verstromung vor Ort genutzt (ggf. ergänzt um Wärmeproduktion für ländliche Wärmenetze).⁸ Nur knapp drei Prozent der Anlagen sind technisch in der Lage, ihr Gas ins Netz einzuspeisen. Die Mengen entsprechen ca. einem Prozent des gesamtdeutschen Gasbedarfs.⁹ Sollten bestehende Anlagen ihr Gas einspeisen, müssten sie technisch umgerüstet und an ein Netz angeschlossen werden. Dabei würde die stabile Strom- und Wärmeproduktion vor Ort wegfallen – dabei werden die Anlagen gerade im Stromsystem dringend benötigt, um Engpässe abzufedern.
- Wasserstoff ist nur nachhaltig, wenn er zu 100 Prozent aus grünem Strom hergestellt wird. Dabei geht jedoch ein Großteil der Energie verloren. Es herrscht deshalb Konsens in der Wissenschaft, dass Heizen mit Wasserstoff nicht wirtschaftlich ist.¹⁰ Grüner Wasserstoff ist also kostbar und muss für Anwendungen in der Industrie vorgehalten werden, wo er in Reinform benötigt wird. Wasserstoff dem Gasnetz beizumischen ist deshalb für die Transformation des Gassystems nicht sinnvoll und technisch über geringe Mengen hinaus gar nicht möglich.
- Eine Umstellung von Netzteilen und Haushalten auf 100 Prozent Wasserstoff ist zwar theoretisch möglich, ist aber aufgrund der technischen Hürden und hohen Kosten sehr unwahrscheinlich. Die vorgesehenen Gasquoten im Gebäude-Modernisierungs-

6 <https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/nachhaltiges-wirtschaften/biooekonomie/biomasse/34063.html>

7

https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/biomasse/260330_nabu_policybrief_gmg_bio-treppe_final_klein.pdf

8 <https://biogas.fnr.de/biogas-nutzung/stromerzeugung>

9

https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energieeffizienz/Gebaeude/DUH_Factsheet_Heizen_mit_Biomethan.pdf

10 <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2949790623000101>

Gesetz hätten darauf keine Auswirkung, da entweder gar kein oder 100 Prozent Wasserstoff verbrannt werden würde.

- Erste Berechnungen zeigen, dass für Verbraucher:innen selbst bei minimalen Grüngas-Beimischquoten bis 2035 jährliche Mehrkosten von ca. 350 Euro drohen.¹¹ Heizen mit reinem Wasserstoff wäre gegenüber heutigen Gastarifen mehr als doppelt so teuer und verbraucht vier bis sechs Mal so viel Energie wie Wärmepumpen.^{12, 13}

3. Gasverteilnetze verlieren in Wohngebieten ihre Wirtschaftlichkeit

Durch die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der Gasheizungen bricht auch das Geschäftsmodell für die Verteilung von Gas über kommunale Gasverteilnetze weg. Ein Szenario, in dem ein Großteil der Gebäude mit Wärmepumpenstrom und Wärmenetze und ein kleiner Teil weiter über das kommunale Gasverteilnetz versorgt wird, ist aufgrund der hohen Kosten sehr unwahrscheinlich. Stadtwerke können betroffene Netzteile in Zukunft schrittweise stilllegen, immer mehr Städte und Energieversorger kündigen diesen Schritt auf Basis der kommunalen Wärmeplanung an.

- Viele Netze sind noch nicht abgeschrieben und werden über die Netzentgelte von den Gaskund:innen abbezahlt. Zudem verursachen Instandhaltung, Wartung und Betrieb der Netze laufende Kosten. Pro Jahr investiert ein Netzbetreiber im Schnitt eine Million Euro in die Aufrechterhaltung seiner Netze.¹⁴ Diese Fixkosten für den Betrieb der Gasnetze müssen von immer weniger Haushalten getragen werden.
- Wer heute noch eine Gasheizung einbaut, wird zu den letzten Gaskund:innen am Netz gehören und muss damit rechnen, jährliche Mehrkosten in Höhe von bis zu 4000 Euro pro Jahr zu schultern - allein durch steigende Netzentgelte.¹⁵ Insbesondere vulnerable Gruppen, z.B. Mieter:innen oder Renter:innen in Mehrfamilienhäusern, wären davon betroffen. Die Nutzung erneuerbarer Gase würde dieses Problem verschärfen.
- Die Kosten durch steigende Netzentgelte können durch eine frühzeitig lokale Verteilnetzplanung gemildert werden. Eine entsprechende Pflicht für Netzbetreiber sollte in der laufenden EnWG-Novelle zur Umsetzung des EU-Gaspakets festgelegt werden. Der Einbau neuer Gasheizungen hingegen führt bei der Netzplanung zu Chaos und verursacht zusätzliche Mehrkosten.

11 <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/ralph-henger-malte-kueper-zwei-personen-haushalte-muessten-jaehrlich-350-euro-mehr-zahlen.html>

12 <https://gaswende.de/studie/heizen-mit-wasserstoff/>

13 <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2949790623000101>

14

<https://data.bundesnetzagentur.de/Bundesnetzagentur/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/MonitoringberichtEnergie2025.pdf>

15 https://umweltinstitut.org/wp-content/uploads/2025/12/IFAM_Kurzgutachten_Gasnetzstilllegungsplanung_2025-12-05.pdf

4. Einbau neuer Gasheizungen blockiert Transformation der Gasinfrastruktur

Mit der Abschaffung der 65%-Regel wird der Einbau neuer Gasheizungen vereinfacht, unabhängig davon, ob in der Kommune das Verteilnetz im betroffenen Wohngebiet wirtschaftlich weiterbetrieben werden kann. Das blockiert gleichzeitig die Umstellung von einzelnen Gasnetzsträngen zur Versorgung von Industriegebieten mit Wasserstoff.

- Gasnetzbetreiber müssen laut Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes in Zukunft Verteilnetzentwicklungspläne erstellen, um zu entscheiden, wann und wo Netzteile stillgelegt werden. Auch die Umstellung von Gasnetzsträngen auf Wasserstoff, z.B. für die Versorgung von Industriebetrieben, muss darin geplant werden. Eine erste Auswertung von 38 Wärmeplänen aus deutschen Großstädten zeigt entgegen den Plänen der Bundesregierung, dass erneuerbare Gase in Gebäuden in Zukunft so gut wie keine Rolle spielen sollen.¹⁶
- Da Strom- und Wärmenetze parallel zum Rückgang der Gasnachfrage ausgebaut werden, drohen ohne abgestimmte Netzplanung unnötige zusätzliche Systemkosten für die Instandhaltung von überflüssiger und wenig ausgelasteter Gasinfrastruktur.
- Wenn sich Gasnetzteile nicht mehr wirtschaftlich betreiben lassen, dürfen Netzbetreiber sie stilllegen und Haushalte abtrennen. Wer jetzt noch eine Gasheizung einbaut, kann also nicht damit rechnen, sie noch unbegrenzt nutzen zu können.
- Städte und Netzbetreiber hätten durch die Abschaffung der 65%-Regel keine Planungssicherheit mehr. Wenn in jeder Straße neue Gasheizungen verbaut werden können, obwohl die meisten anderen Haushalte schrittweise auf Wärmepumpen oder Wärmenetze umsteigen, droht Chaos in der Netzplanung:
 - Das Gasnetz müsste überall für nur noch einzelne Kund:innen aufrechterhalten werden, die alleine die hohen Netzkosten tragen müssten.
 - Investoren in neue Wärmenetze können sich nicht mehr auf genug Kund:innen verlassen.
 - Stromnetze könnten an ihre Belastungsgrenzen stoßen, wenn nicht absehbar ist, in welcher Reihenfolge Netzgebiete zur Versorgung von Wärmepumpen ertüchtigt werden müssen.
- Kommunale Wärmepläne verlieren ihre Legitimation. Die Kommunen werden von der Regierung im Stich gelassen und müssen sich mit dem absehbaren Ärger von betroffenen Gaskund:innen auseinandersetzen.
- Auch die Industrie verliert ihre Planungsfähigkeit. Sie muss mit einer Nutzungskonkurrenz und höheren Preisen bei erneuerbaren Gasen rechnen. Betriebe bleiben somit länger von fossilem Gas und immer häufiger auftretenden

¹⁶ https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/kommunale-waermewende-waermeplaene-grossstaedte-gasausstieg-erdgas-waermepumpen-waermenetze-dekarbonisierung-gebaeudemodernisierungsgesetz-bund-2026.pdf

Preisschocks auf dem krisengebeutelten Weltmarkt abhängig. Das Chaos in der Gaspolitik wird somit auch zu einem Sicherheitsrisiko für die deutsche Wirtschaft.

5. Handlungsempfehlungen

- **Die Streichung der 65%-Regel zugunsten der Einführung von Gasquoten sollte abgelehnt werden. Stattdessen muss der Einbau neuer Gasheizungen grundsätzlich untersagt werden, um Kommunen und Netzbetreibern Planungssicherheit zu geben und Bürger:innen vor Fehlinvestitionen zu schützen.**

- **Die Regierung muss zusätzlich vulnerable Gaskund:innen vor langfristig steigenden Gaspreisen schützen, anstatt die Kosten durch den Einsatz von Biogas und Wasserstoff im Gebäudesektor in die Höhe zu treiben.**